

Deutschland stark machen

Unsere Halbzeitbilanz

FAKTEN UND ARGUMENTE



FRANZ MÜNTEFERING: Deutschland stark machen UNSERE HALBZEITBILANZ

- Am 22. Oktober '02 wurde das 2. Kabinett Gerhard Schröder vereidigt. Jetzt – 2 Jahre später – 6 Jahre nach dem Start 1998 – ist der Zeitpunkt, Halbzeitbilanz zu ziehen.
- Wir erinnern uns: Der Wahlsieg war knapp, aber die Mehrheit wollte, dass Rot-Grün eine Politik fortsetzt, die außenpolitisch auf unkalkulierbare militärische Abenteuer verzichtet und innenpolitisch das Land in sozialer Verantwortung erneuert. Diesen Kurs haben wir gehalten und deutlich beschleunigt. Wir haben in den zwei Jahren verstärkt Konsequenzen gezogen. Wir wissen, dass Wachstum nicht – wie in den vierzig Jahren vorher geglaubt – von allein kommt. Wir haben gelernt, dass es nicht mehr reicht abzuwarten bis die Konjunktur anspringt, die Arbeitslosigkeit sinkt und sich die Probleme in den Sozialversicherungen von allein lösen.
- Wir haben gehandelt. Mit der AGENDA 2010 haben wir einen Prozess ausgelöst, mit dem wir Deutschland Zug um Zug erneuern, zurück zu alter wirtschaftlicher Stärke führen und die Solidarität in unserer Gesellschaft neu begründen. Unser Weg ist nicht einfach. Es gibt Gegenwind. Die Menschen wissen, dass sich etwas ändern muss. Sie wollen Sicherheit im Wandel und wissen doch, dass es Sicherheit nur durch Wandel gibt.
- Warum mussten wir handeln? Schwaches Wachstum, anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, eine alternde Gesellschaft und globaler Wettbewerbsdruck sind die wesentlichen Faktoren, die Druck auf alle Kassen ausüben. Steigende Kosten für die Gesundheit, für die Arbeitslosigkeit und für die Renten müssen bezahlt werden. Auch aus öffentlichen Kassen – mit der Folge, dass Schulden und Zinszahlungen weiter steigen und immer weniger Geld für wichtige Zukunftsinvestitionen in Bildung und Innovationen bleibt. Oder bezahlt aus den Taschen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber mit der Folge, dass die verfügbaren Einkommen sinken und der Binnenmarkt stagniert.
- Beides können wir uns nicht länger leisten. Übrigens andere europäische Länder auch nicht. Viele, zum Beispiel Schweden und die Niederlande, haben aber schon vor Jahren gehandelt und ihre Sozialsysteme umgebaut.
- Die ersten Erfolge unserer Politik sind da. Die Kosten im Gesundheitswesen sinken bei gleicher Qualität. Die Kran-

kenkassen sind im Plus. Den Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung konnten wir von 20,3 auf 19,5% absenken. Aber noch wichtiger: In beiden Bereichen hat ein entscheidender Mentalitätswandel stattgefunden. Die Menschen sind im stärkeren Maße bereit, Verantwortung für sich zu tragen. Bei der Gesundheit, indem sie kostenbewusster handeln. Bei der Rente, indem sie zunehmend private Zusatzversicherungen über Betriebsrenten oder die Riester-Rente aufbauen.

- Fortschritte werden wir in den kommenden Monaten auch auf dem Arbeitsmarkt haben. Wir hören damit auf, Arbeitslosigkeit zu verwalten und richten alle Anstrengungen darauf, besonders Langzeitarbeitslose schnell und gezielt wieder in Arbeit zu bringen. 1 Million erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger werden verstärkt an Arbeit herangeführt. Mit Ich-AGs, Minijobs und weiteren Initiativen haben wir neue Möglichkeiten geschaffen, wieder in den Arbeitsmarkt einzusteigen.
- Arbeit, Wirtschaft und soziale Sicherung sind die Schwerpunkte unserer Politik. Hinzu kommen Bildung, Innovation und Familie. Denn eins ist unbestritten: Deutschlands Zukunft liegt darin, dass wir die bestqualifiziertesten Facharbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler haben. Unser Kapital liegt in unseren Köpfen und in den Köpfen unserer Kinder. Deshalb ist jeder Euro, den wir in Kinder und Jugendliche, in Bildung und Forschung investieren, ein gut angelegter Euro.
- Die soziale Marktwirtschaft war und ist ein Erfolgsmodell. Wir wollen sie erneuern, um sie zu erhalten. Die anderen wollen sie abschaffen. Zum „Modell Deutschland“ gehören Tarifautonomie, Mitbestimmung, sozialer Ausgleich und das duale Ausbildungssystem. Wir wollen dies alles erhalten. Die anderen wollen es abschaffen. Das sind klare Alternativen.
- Durch Deutschland weht ein frischer Wind, seit Rot-Grün im Bund in der Verantwortung steht. Deutschland ist weltoffener und – im umfassenden Sinne – nachhaltiger geworden: vom Ausstieg aus der Atomenergie bis zum modernen Zuwanderungsrecht. Deutschland ist zurück in der richtigen Spur, nachdem das Land in 16 Jahren Kohl Richtung und Führung verloren hatte. Darauf können wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen stolz sein. Lasst uns so weitermachen!

Franz Müntefering

Internationale Verantwortung

Unser Ziel: eine kooperative Weltordnung

Unter Bundeskanzler Gerhard Schröder hat Deutschland wieder in hohem Maße internationale Verantwortung übernommen und damit großes Ansehen gewonnen: Deutschland steht heute für Frieden, für die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, aber auch für eine weltweit nachhaltige Entwicklung und ein faires Welthandelssystem.

Deutschland bekennt sich zu einer kooperativen Weltordnung auf der Basis von internationalen Verträgen und partnerschaftlicher Zusammenarbeit. Wir wollen die

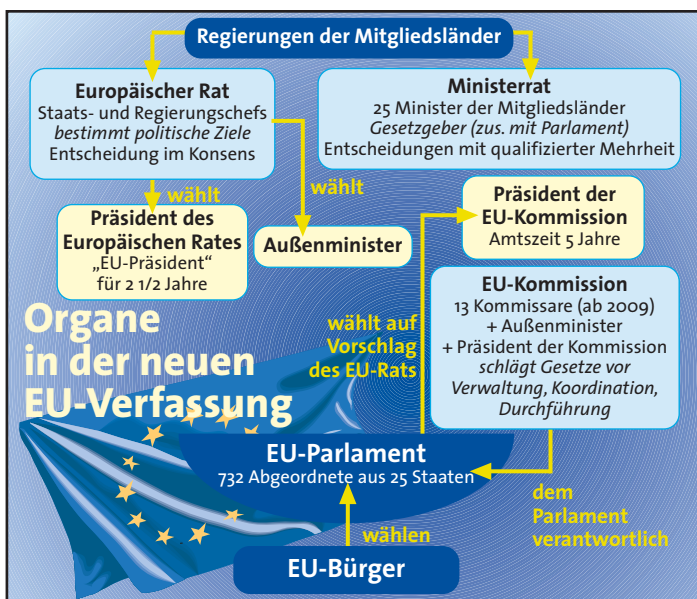
Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit internationaler Organisationen stärken. Im Zentrum stehen dabei die Vereinten Nationen. Die Bundesregierung strebt neben weiteren Ländern einen ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat an, der der neuen internationalen Rolle Deutschlands entspricht.

Hierzu gehört auch, dass die Bundesregierung neue Impulse in der Entwicklungszusammenarbeit gesetzt hat. So unterstützen wir die Entschuldungsinitiative für die ärmsten Länder der Welt.



ddp/ Kappeler

Die Europäische Union als Garant für Wohlstand, Frieden und Sicherheit



2004 war für den europäischen Einigungsprozess von historischer Bedeutung: Zehn neue Mitgliedstaaten sind der Europäischen Union beigetreten. Außerdem haben sich die EU-Staats- und Regierungschefs auf eine Europäische Verfassung geeinigt.

Die Erweiterung ist Garant dafür, dass die lange Ära von Frieden, Demokratie und Wachstum in Westeuropa nun auch in den neuen Demokratien Osteuropas ihre Fortsetzung findet. Für die deutsche Wirtschaft ergeben sich gerade hier große neue Exportchancen.

Die neue Verfassung stärkt die Rolle Europas in der Welt. Die EU wird demokratischer und transparenter. Sie gewinnt an Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern. Deshalb treten wir dafür ein, dass die Europäische Verfassung zügig in Kraft tritt.

Europa zur Friedensmacht ausbauen

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für eine „Friedensmacht Europa“. Die EU ist international ein glaubwürdiger Vermittler. Kein Land kann heute alleine die drängenden internationalen Probleme lösen.

Dabei trägt Europa aufgrund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung und verfügt über große Erfahrungen, Konflikte vorbeugend einzudämmen und zu lösen. Hierzu setzen wir vor allem auf entwicklungspoli-

tische, diplomatische und polizeiliche Maßnahmen, schließen aber auch – als ultima ratio – militärische Mittel nicht aus. Wir wollen deshalb Europa zu einem durchsetzungsfähigen, Frieden schaffenden Akteur in den internationalen Beziehungen weiter entwickeln.

Voraussetzung hierfür ist eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik und die Einsetzung eines Europäischen Außenministers, wie ihn die Europäische Verfassung vorsieht.

Neues schaffen – Zukunft gewinnen

Innovationen – Schlüssel für unsere Wirtschaftskraft

Deutschland verfügt über wenig natürliche Rohstoffe. Unser Kapital steckt in unseren Köpfen. Die deutsche Wirtschaftskraft basiert auf einer gut ausgebildeten Facharbeiterschaft, auf hervorragenden Ingenieurleistungen und einer modernen Forschungslandschaft, die in der Lage ist, immer neue Ideen hervorzubringen. Und wir müssen dafür sorgen, dass Erfindungen noch

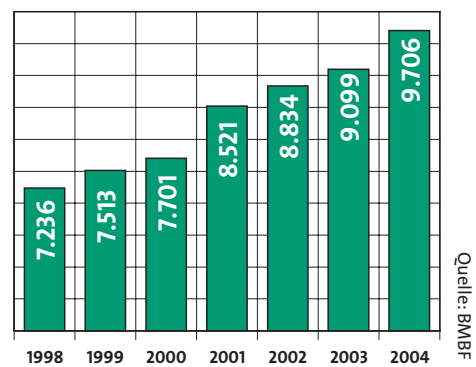
schneller in markt- und wettbewerbsfähige Produkte umgesetzt werden.



Das ist Deutschlands Weg: Wir brauchen die beste Ausbildung für unsere Jugend, wir brauchen hochqualifizierte und motivierte Forscherinnen und Forscher. Dies wird uns nur gelingen, wenn wir noch mehr als bislang in Bildung, Ausbildung und Forschung investieren. ■

Auch wenn's knifflig wird: Wir wollen wieder an die Spitze

Mittel für Forschung und Bildung (in Millionen Euro)

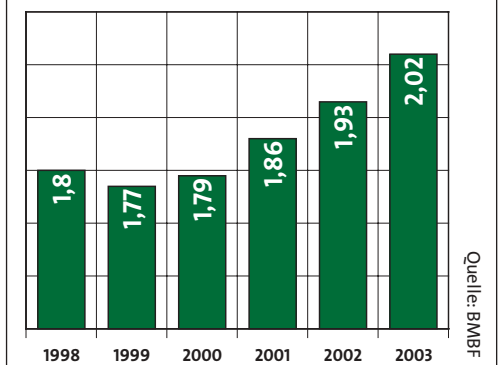


In den letzten Jahren der Kohl-Regierung wurden die Investitionen des Bundes in Forschung und Bildung immer weiter zurückgefahren. Wir haben sie in den letzten Jahren kontinuierlich wieder erhöht: um mehr als 30% von 7,2 Mrd. Euro 1998 auf 9,7 Mrd. Euro 2004. Heute liegt der Anteil unserer Forschungs- und Entwicklungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt bei 2,53%. Doch das reicht uns noch nicht. Andere Nationen sind uns einen Schritt voraus – etwa Schweden mit einer Quote über 4%. Deshalb haben wir uns auch das ehrgeizige Ziel gesteckt, unsere Forschungs- und Entwicklungsausgaben bis 2010 auf über 3% des Bruttoinlandsproduktes zu steigern. Und wir müssen uns auf Entwicklungsbereiche konzentrieren, in denen Deutschland wieder weltweit die Führung übernimmt und „Made in Germany“ zum Innovations- und Qualitätsausweis wird – etwa bei erneuerbaren Energien, medizinischen Technologien oder Verkehrs- und Mobilitätskonzepten. ■

Unsere Hochschulen – da ist viel Platz für kluge Köpfe

Deutschland braucht mehr kluge Köpfe an den Hochschulen. Um weiterhin international wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen wir die Zahl der Studierenden steigern. Die Bundesregierung hat wichtige Schritte eingeleitet. Im letzten Jahr waren erstmals über 2 Millionen Menschen an deutschen Hochschulen eingeschrieben. Die Studienanfängerquote (Studierende pro Jahrgang) ist von 28,5% (1999) auf 35,7% (2003) gestiegen. Bis 2006 streben wir eine Studienanfängerquote von 40% an. Wir haben die mittlerweile guten Zahlen unter anderem dadurch erreicht, dass wir die Förderung mit Bafög erheblich ausgedehnt haben. Seit 1998 sind die Bafög-Ausgaben um fast 50% gestiegen. Und wir tun auch etwas für die Besten. Für die Förderung von Spitzenunis, die im Wettbewerb mit den Top-Universitäten weltweit stehen sollen, stellen wir zusätzlich 700 Millionen Euro bereit. So sorgen wir dafür, dass Deutschland Innovationsmacht wird. In der Breite und an der Spitze. ■

Studierende in Deutschland (in Millionen)



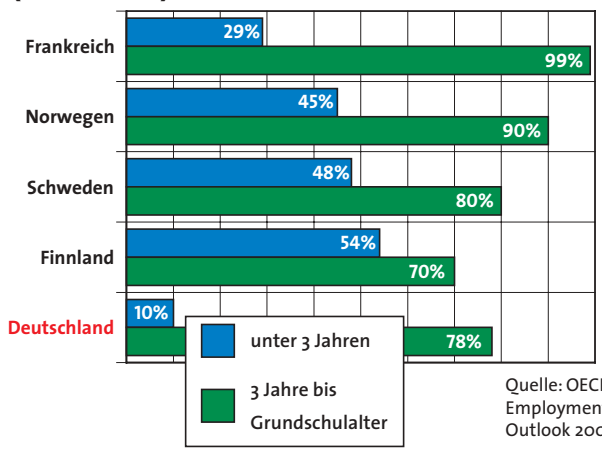
Beste Chancen für Kinder und Jugendliche

Die Aller kleinsten sind uns am allerwichtigsten

Wenn es um die Chancen unserer Kinder geht, warten wir nicht lange. Deshalb bauen wir Zug um Zug das Betreuungsangebot für die Aller kleinsten unter drei Jahren aus. Hier gibt es bei uns – besonders in Westdeutschland – erheblichen Nachholbedarf. Auf unsere Initiative hat der Bundestag beschlossen, dass bis Sommer 2006 die Zahl der Plätze in Krippen und bei Tageseltern im Westen verdoppelt wird, bis 2010 sollen in den Kommunen mindestens 230.000 zusätzliche Betreuungsplätze für die Kleinsten entstehen.

Den Vorteil haben alle. Die Kinder gewinnen, weil sie von Anfang an pädagogisch gefördert werden können. Mütter und Väter gewinnen, weil sie Familie und Beruf besser vereinbaren können. Die Wirtschaft gewinnt, weil gut qualifizierte Frauen früher in den Beruf zurückkehren. So schaffen wir den Aufstieg bei der Kinderbetreuung. ■

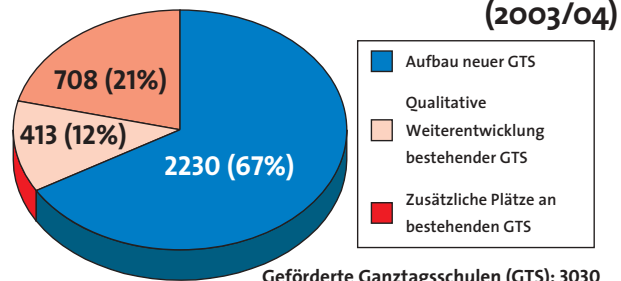
Teilnahme an Kinderbetreuung (in Prozent)



Ganztagschulen – weil wir keine halben Sachen machen

Bund fördert die Ganztagschulen

Verteilung der Förderalternativen bundesweit (2003/04)



Abweichung der Summen möglich, weil einige Schulen mit mehreren Maßnahmen und unterschiedlichen Förderalternativen gefördert werden.

Quelle: BMBF

Die PISA-Studie hat gezeigt: Unsere Kinder müssen in der Schule früher und besser gefördert werden. Deshalb bauen wir – wie viele andere Industriestaaten auch – die Ganztagsbetreuung aus. An Ganztagschulen gibt es mehr Zeit zum individuellen Lernen. Hausaufgaben werden hier zu Schulaufgaben, die von pädagogischen Fachkräften betreut werden. Gemeinsam mit Musikschulen, Sportvereinen und anderen organisieren Ganztagschulen viele attraktive Freizeitangebote. Nicht zuletzt werden die Eltern entlastet und gewinnen Zeit für ihre berufliche Karriere. Deshalb investieren wir bis 2007 vier Milliarden Euro in den Ausbau von Ganztagschulen. Bis 2004 werden über 3000 Schulen zusätzliche Ganztagsangebote machen. ■

Wo ein Jugendlicher ist, muss auch eine Lehrstelle sein

Im Juni 2004 hat die Bundesregierung mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft einen nationalen Ausbildungspakt geschlossen. In diesem Pakt hat sich die Wirtschaft verpflichtet, in den kommenden drei Jahren 90.000 neue Lehrstellen und 75.000 Erstqualifizierungen bereitzustellen. Der Bund unterstützt den Pakt, indem er seine eigenen Ausbildungsanstrengungen noch einmal verstärkt und zusätzlich 14.000 Ausbildungsplätze in Ostdeutschland finanziert. Erste Zwischenbilanzen zeigen, dass der Pakt greift. Viele Unternehmen haben großen Einsatz gezeigt, um mehr Ausbildungsplätze zu schaffen. Aber es müssen noch mehr werden. Bis zum Jahresende steht die Wirtschaft deshalb in der Pflicht, weitere zusätzliche Lehrstellen bereitzustellen. ■

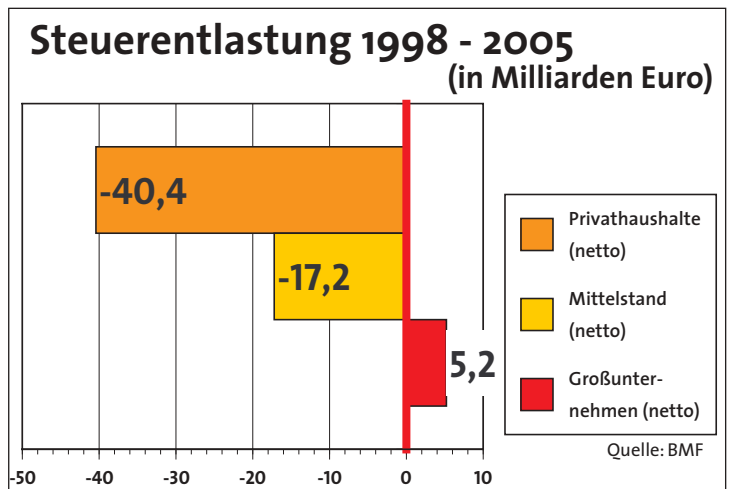


BilderBox.com

Wachstum und Familien stärken

Mehr Geld für Familien und den Mittelstand

Am 1. Januar 2005 tritt die letzte Stufe unserer großen Steuerreform in Kraft. Damit ist das größte Steuersenkungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik vorläufig abgeschlossen. Profitiert davon haben insbesondere Arbeitnehmerfamilien und der Mittelstand. Im Vergleich zu 1998 zahlen Privathaushalte 40,4 Milliarden Euro, kleine und mittlere Unternehmen 17,2 Milliarden Euro weniger. Der Eingangssteuersatz ist dann von 25,9% auf 15%, der Spitzensteuersatz von 53% auf 42% gesunken. Familien mit 2 Kindern und einem Bruttoeinkommen bis zu 37.650 Euro im Jahr zahlen dann überhaupt keine Steuern mehr – d. h. jeder vierte deutsche Steuerpflichtige zahlt ab 2005 keine Steuern mehr.



Steuerentlastung für Familien** Veränderung 1998 - 2005

* Einkommensteuer, Solidaritätszuschl. u. Kindergeld

Jahresbrutto Single in Euro	Steuerbelastung 1998*	Steuerbelastung 2005*	in Euro
10.000	-2.700	-3.696	996
20.000	-2.110	-3.696	1.586
30.000	330	-2.062	2.392
40.000	3.733	668	3.065
50.000	6.969	3.615	3.354
60.000	10.394	6.666	3.728
70.000	14.019	9.990	4.029
80.000	17.939	13.573	4.366

** Alleinverdiener(in) mit zwei Kindern (Steuerklasse III/2)

Steuerentlastung für Singles Veränderung 1998 - 2005

* Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag

Jahresbrutto Single in Euro	Steuerbelastung 1998*	Steuerbelastung 2005*	in Euro
10.000	165	0	165
20.000	3.117	2.176	941
30.000	6.436	5.127	1.309
40.000	10.191	8.512	1.679
50.000	14.561	12.359	2.202
60.000	19.572	16.630	2.942
70.000	25.099	21.035	4.064
80.000	30.688	25.466	5.222

Unser Herz schlägt für Familien

Familien liegen uns besonders am Herzen. Deshalb haben wir die familienpolitischen Leistungen seit 1998 um 50% gesteigert: von 40 Milliarden Euro auf rund 60 Milliarden Euro jährlich. Das sind über 3% des Bruttoinlandsproduktes – eine Zahl, die sich im internationalen Vergleich wirklich sehen lassen kann.

So haben wir das Kindergeld für das erste und zweite Kind von 112 Euro (1998) auf jetzt 154 Euro erhöht. Das macht rund 500 Euro mehr im Jahr pro Kind. Um Familienarmut entgegenzuwirken, gibt es ab 2005 zusätz-



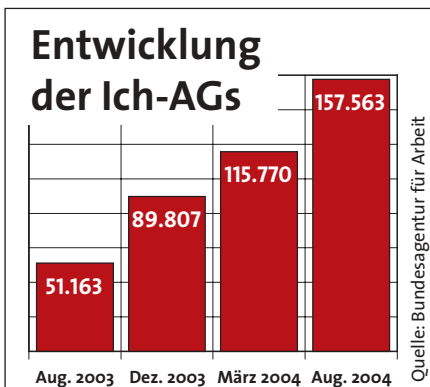
lich einen Kinderzuschlag von 140 Euro für besonders einkommensschwache Familien. Auch das Familienwohngeld ist gestiegen – von durchschnittlich 110 Euro (1998) auf rund 150 Euro. Für Alleinerziehende haben wir einen Steuerfreibetrag von 1308 Euro monatlich eingeführt.

Mit Ganztagsbetreuung und Ganztagschulen, mit der neuen Elternzeit und dem gesetzlichen Anspruch auf Teilzeitarbeit haben wir weitere Instrumente geschaffen, die Familien entlasten und die Vereinbarkeit mit einem Beruf verbessern.

Neue Impulse für den Arbeitsmarkt

Arbeit – nicht Arbeitslosigkeit finanzieren

Im Sommer 2003 haben wir begonnen, die Reformvorschläge der Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, der sog. Hartz-Kommission, umzusetzen. Ziel dieser umfassenden Arbeitsmarktreformen ist es, Arbeitsuchende so schnell wie möglich wieder in Arbeit zu vermitteln. Hierzu haben wir zahlreiche neue Instrumente geschaffen, aber auch Strukturen und Institutionen umgebaut, die zunehmend weniger Erfolge bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit erzielen konnten.



Auf dem langwierigen Weg zu einem flexibleren Arbeitsmarkt und schnellerer Arbeitsaufnahme haben wir bereits ermutigende Anfangs-



Zahl geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse („Minijobs“) zugenommen.

Und die alte „Bundesanstalt für Arbeit“ wird zu einer modernen Dienstleistungsagentur, bei der nicht mehr die Verwaltung von Arbeitslosigkeit, sondern die schnelle und zielgenaue Vermittlung in neue Arbeit im Mittelpunkt steht. So soll sich künftig ein Mitarbeiter der Arbeitsagentur um 75 Arbeitsuchende kümmern, bislang lag dieses Verhältnis bei 1 zu 350.

erfolge erzielt. Mit Hilfe staatlicher Unterstützung haben sich bis Mitte 2004 über 150.000 Arbeitslose selbstständig gemacht und Ich-AGs gegründet. Gleichzeitig hat die

Unser Prinzip: fördern und fordern

Mit der neuen Grundsicherung, die im Gesetzespaket Hartz-IV geregelt ist, legen wir ab Januar 2005 Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammen. Nach einem Jahr Arbeitslosigkeit, in dem Arbeitslosengeld nach dem bisherigen Verdienst gezahlt wird, gibt es für alle erwerbsfähigen Arbeitslosen (Ost und West) das Arbeitslosengeld II (ALG II), das sich nach dem tatsächlichen Bedarf richtet. Ein arbeitsloser Manager hat dann den gleichen Anspruch auf staatliche Unterstützung wie eine arbeitslose Verkäuferin. Zu der finanziellen Unterstützung kommen noch Sachleistungen hinzu wie etwa Miete und Heizkosten.

Wichtiger ist aber, dass alle Bezieherinnen und Bezieher von ALG II einen umfassenden Anspruch auf staatliche Hilfen bei der Rückkehr in eine reguläre Arbeit haben. Dies gilt erstmals auch für rund eine Million erwerbsfähiger Sozialhilfeempfänger, die bislang von diesen Leistungen ausgeschlossen waren.

■ Allen ALG II-Beziehern stehen Arbeitsförderungsmaßnahmen nach dem Arbeitsförderungsrecht zu, also insbesondere die Vermittlungsangebote der neuen JobCenter, Qualifizierungsmaßnahmen, Arbeitsbeschaffungs- und Weiterbildungsmaßnahmen.

- Über die Qualifizierungsangebote hinaus gibt es je nach Bedarf zusätzliche Leistungen etwa Unterstützung bei der Kinderbetreuung, Schuldnerberatung oder psychosoziale Betreuung. Bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, auch einer selbstständigen Tätigkeit, können die JobCenter zusätzlich zum Arbeitslosengeld II ein Einstiegsgeld gewähren.
- Wer zum ALG II hinzuverdient, behält mehr davon als früher in der Sozialhilfe. Auch für ein geringes Einkommen zu arbeiten, ist besser als gar nichts zu tun.
- 2005 wird die Bundesregierung insgesamt 6,35 Milliarden Euro für Wiedereingliederungsmaßnahmen von Arbeitslosen einsetzen. Ostdeutschland profitiert besonders von diesen Mitteln. 41 Prozent der Gelder fließen in die neuen Bundesländer. Gebiete mit einer Arbeitslosigkeit über 15% – die meisten davon liegen im Osten – werden besonders gefördert.
- Alle jugendlichen Arbeitsuchenden unter 25 Jahren werden sofort nach Antragstellung auf ALG II in Arbeit oder Ausbildung oder Arbeitsgelegenheit vermittelt. Allerdings müssen die Jugendlichen auch alle zumutbaren Angebote annehmen. Wie es unser Prinzip vorschreibt: Fördern und Fordern.

Moderne Wirtschaft – leistungsfähige Kommunen

Bürokratieabbau – Wir schneiden alte Zöpfe ab



vision photos/R.Klostermeier

Deutschlands Wirtschaft gründet vor allem auf leistungsfähigen und innovativen kleinen und mittelständischen Unternehmen. Unser Ziel ist es, sie von unnötiger Bürokratie zu befreien und ihnen den Zugang zu Darlehen zu erleichtern. So entstehen am schnellsten neue Arbeitsplätze. Mit Hilfe der Kreditanstalt für Wiederaufbau haben wir im letzten Jahr Förderkredite in Höhe von 10 Milliarden Euro bereitgestellt.

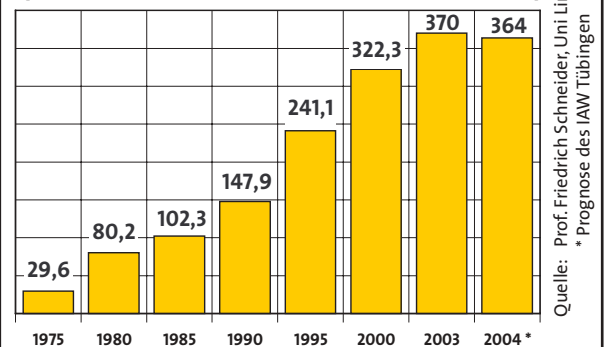
Ein wichtiges Stück Bürokratieabbau haben wir geschafft, indem wir die überholte Handwerksordnung entschlackt haben. Der Meisterzwang gilt nur noch für 41 (von bislang 94) Handwerksberufen. Einfache Tätigkeiten fallen nicht mehr unter die Handwerksordnung, Gesellen können sich schneller selbstständig machen. Außerdem muss der Inhaber eines Handwerksbetriebs nicht mehr selbst den Meisterbrief besitzen, wenn er einen Meister einstellt.

Zum Schwarzärgern: die Schwarzarbeit

Schwarzarbeit ist kein Kavaliersdelikt, sondern organisierte Wirtschaftskriminalität, die dem Staat und den Steuerzahlern schweren Schaden zufügt. Ihr Umfang beläuft sich nach Expertenschätzungen jährlich auf rund 370 Milliarden Euro, das entspricht einem Anteil von 17% am gesamten Bruttoinlandsprodukt.

Mit dem Gesetz gegen illegale Beschäftigung haben wir wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung von krimineller Schwarzarbeit beschlossen. Rund 7000 Beschäftigte der Zollverwaltung gehen künftig konzentriert gegen Schwarzarbeit vor. Mit den Minijobs haben wir attraktive legale Möglichkeiten geschaffen, auch im Haushaltsbereich Schwarzarbeit zu vermeiden – zum Nutzen aller.

Schwarzarbeit (Anteil an der Wirtschaft in Mrd. Euro)



Starke Kommunen - gute Infrastruktur – neue Arbeit

Starke Städte und Gemeinden tragen einen wesentlichen Teil zu den öffentlichen Investitionen bei, von denen Unternehmen vor Ort leben – vom Straßenbau bis zum neuen Schulanstrich. Deshalb ist es unser Ziel, die Investitionskraft der Kommunen weiter zu stärken. Deshalb haben wir die Kommunen von der Mitfinanzierung des Aufbau Ost entbunden und die Gewerbesteuer zu Gunsten der kommunalen Kassen reformiert. Deshalb haben wir auch eine Mindestgewinnbesteuerung für Großunternehmen eingeführt,



Uwe Schmid-Fotografie

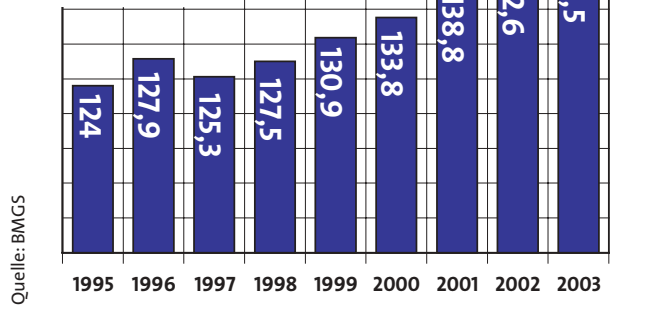
führt, damit auch sie wieder kommunale Steuern zahlen. Nach Einführung des Arbeitslosengeld II werden die Kommunen zudem von den Kosten für arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger und ihre Familien entlastet. Letzteres allein macht rund 2,5 Milliarden Euro jährlich an Entlastung aus. Rechnet man alles zusammen, fließen ab 2005 rund 6,7 Milliarden Euro jährlich mehr in die Gemeindehaushalte – in den folgenden Jahren sogar bis zu 8 Milliarden Euro. Geld, mit dem neue Arbeitsplätze entstehen und wertvolle Infrastruktur aufgebaut oder erhalten wird.

Ein starkes solidarisches Gesundheitswesen

Politik mit Wirkung: Die Gesundheitsreform

Ausgabenanstieg in der Gesetzlichen Krankenversicherung

(in Mrd. Euro)



Deutschland hat ein modernes, leistungsfähiges Gesundheitswesen, das allen Versicherten alle medizinisch notwendigen Maßnahmen in hoher Qualität zur Verfügung stellt. Mit seinen modernen Krankenhäusern und seiner hohen Dichte an Allgemein- und Facharztpraxen ist es weltweit vorbildlich. Aber die gute Versorgung hat auch ihren Preis. Die steigende Zahl an älteren Menschen mit höherem Behandlungsbedarf und der technologische Fortschritt mit immer aufwändigerer und teurerer Medizintechnik und Arzneimitteln haben dazu geführt, dass die Gesundheitskosten in den vergangenen Jahren enorm angestiegen sind.

Mit unserer Gesundheitsreform haben wir erste Schritte dazu getan, den Kostenanstieg einzudämmen. Das ist gut so, denn sinkende Kosten führen zu sinkenden Versicherungsbeiträgen. Arbeitnehmer behalten mehr Geld im Portmonee, die Lohnnebenkosten für die Arbeitgeber sinken ebenfalls.

Unsere Gesundheitsreform wirkt. Beispiele:

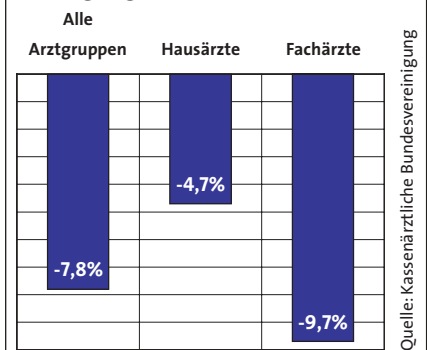
- Mittlerweile profitieren über 26 Millionen Versicherte von sinkenden Versicherungsbeiträgen. Ohne die Gesundheitsreform läge der durchschnittliche Beitragssatz jetzt bei rund 15 Prozent – jetzt sinken sie erstmals seit vielen Jahren wieder.
- Die Krankenkassen haben im ersten Halbjahr 2004 einen Überschuss von 2,5 Milliarden Euro erwirtschaftet.
- Die gesetzlichen Krankenkassen haben in den ersten sechs Monaten dieses Jahres rund 1,4 Milliarden Euro bei den Arzneimittelausgaben eingespart.

Nach Berechnungen der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) sind die Praxisbesuche im 2. Quartal 2004 deutlich zurückgegangen. Behauptungen, sozial Schwache verzichten auf notwendige Arztbesuche, sind nicht belegbar. Zugleich zeigt eine Studie des Zentralinstituts der KBV, dass die Versicherten – wie politisch gewollt – nunmehr überwiegend zuerst den Hausarzt aufsuchen und sich von ihm beraten lassen.

- Über 150 Krankenkassen bieten inzwischen Bonusregelungen an und schaffen damit Anreize für gesundheitsbewusstes Verhalten. Wer gesund lebt, kann sparen. ■

Weniger Praxisbesuche

(Rückgang im 2. Quartal 2004 in%)



Die Bürgerversicherung – denn Solidarität nutzt allen

Mit der Gesundheitsreform haben wir das Gesundheitswesen sparsamer und effizienter gemacht. Mit der Bürgerversicherung machen wir es gerechter.

Die SPD hat hierzu Mitte 2004 Eckpunkte vorgelegt. In die Bürgerversicherung sollen alle einbezogen werden – also etwa auch Selbstständige und Beamte. Dabei steht es allen frei, ob sie eine gesetzliche oder private Versicherung wählen. Wichtig ist: Es bleibt beim Solidarprinzip. Jeder



zahlt nach seiner Leistungsfähigkeit, wobei neben dem Erwerbseinkommen auch Kapitaleinkommen zählt. Aus der Bürgerversicherung erhalten alle die gleichen hochwertigen medizinischen Leistungen. Damit steht die Bürgerversicherung

gegen die Kopfpauschale der Union. Die Union will sich aus der Solidarität verabschieden. Nach ihren Vorstellungen soll jeder – egal ob Manager oder Hausmeister – das Gleiche für die Krankenversicherung zahlen. ■

Gerechtigkeit zwischen Generationen und Geschlechtern

Die Rente – verlässlich für die Älteren, bezahlbar für die Jüngeren

Der Anteil der älteren Menschen an der deutschen Bevölkerung steigt. Die Menschen leben heute länger und beziehen damit auch länger ihre Rente. Diese Tatsache ist erfreulich, führt aber auch dazu, dass sich das Verhältnis von Beitragszahlern und Rentenbeziehern zunehmend verschlechtert. Deshalb mussten wir handeln. Einmalig wurden die Renten 2004 nicht erhöht und ab dem 1. April zahlen Rentnerinnen und Rentner den vollen Beitrag zur Pflegeversicherung. Damit ist es uns gelungen, den Beitragssatz zur Rentenversicherung stabil bei 19,5 % zu halten. Ohne diese Maßnahmen läge er jetzt bei 20,3 %.

Und wir haben weitere Beschlüsse zur langfristigen Sicherung der Rente getroffen. Ein Nachhaltigkeitsfaktor in der Rentenformel sorgt ab 1. Juli 2005 dafür, dass das sich ändernde Verhältnis von Beitragszahlern und Rentenbeziehern bei Rentenanpassungen berücksichtigt wird. Darüber hinaus wollen wir auch, dass das tatsächliche Renteneintrittsalter wieder steigt – indem wir den Trend zur Frühverrentung stoppen und die Beschäftigungsmöglichkeiten der Älteren verbessern.

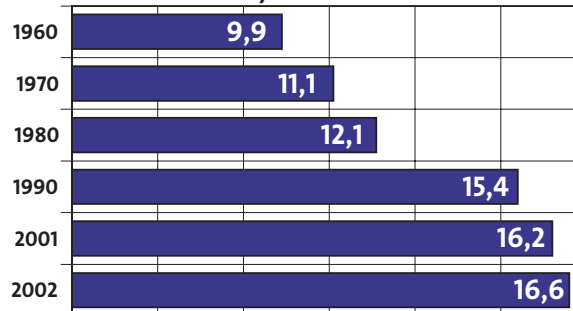
Langfristig sorgen wir mit der „Riester-Rente“ dafür, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer neben der gesetzlichen Rente eine zusätzliche private Rente aufbauen können. Über 4 Millionen Deutsche haben inzwischen einen Riester-Vertrag abgeschlossen, 15,3 Millionen haben zusätzliche Ansprüche durch eine Betriebsrente.

Mit dem neuen Alterseinkünftegesetz haben wir ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt: Zug um Zug werden die Beiträge zur Rentenversicherung von Steuern befreit und die Renten „nachgelagert“ besteuert. So werden die Beschäftigten bereits 2005 um 1 Milliarde Euro entlastet, 2010 sind dies bereits 6 Milliarden Euro. Ab 2025 sind die Rentenbeiträge vollständig steuerfrei, bis 2040 werden die Renten stufenweise steuerpflichtig. Das trifft allerdings nur hohe Renten. Die Renten

Alleinstehender bleiben bis 19.000 Euro pro Jahr, die Verheirateter bis 38.000 Euro steuerfrei.

Auf eins können sich die Rentnerinnen und Rentner bei uns verlassen: Sie werden auch in Zukunft angemessen am gesellschaftlichen Wohlstand beteiligt.

Rentenbezugsdauer in Deutschland (Durchschnitt in Jahren)



Quelle: VDR Statistik 2003

Gleiche Chancen für Männer und Frauen



Chancengerechtigkeit zwischen Frauen und Männern herzustellen, ist zentrales Ziel unserer Politik. Mit den Maßnahmen, die wir zur besseren Vereinbarung von Familie und Beruf sowie zur Förderung von Alleinerziehenden umgesetzt haben, ermöglichen wir gerade Frauen einen leichteren Zugang zu eigener Erwerbsarbeit.

Wir haben das Recht auf Teilzeitarbeit erweitert und die Elternzeit eingeführt. Dabei haben Eltern einen Anspruch auf Teilzeitarbeit und können gemeinsam Elternzeit nehmen. Hiervon profitieren überwiegend die Frauen.

Einen neuen Akzent bei der Förderung der Gleichstellung hat die Bundesregierung mit der Gründung des Gender-Kompetenzzentrums an der Berliner Humboldt-Universität im Frühjahr 2004 gesetzt. Mit zahlreichen anderen Initiativen, wie zum Beispiel dem „Girls Day“, ermutigen wir Mädchen und Frauen Berufe außerhalb der klassischen Rollenklischees zu ergreifen oder den Sprung in die Selbstständigkeit zu unternehmen.

Unser Deutschland – nachhaltig und weltoffen

Nachhaltige Energiepolitik – im Interesse unserer Kinder

Wir wissen es alle und spüren es auch im Portmonee: Fossile Energien wie Kohle, Erdöl oder Gas werden zunehmend knapper, ihre zuverlässige Lieferung ist immer stärker abhängig von der internationalen Lage. So haben im Herbst 2004 die große Erdölnachfrage aus Asien und die Konflikte im Nahen Osten und in anderen Teilen der Welt zu einem neuen Rekordpreis für Erdöl geführt. Zudem belasten die Emissionen aus der Verbrennung fossiler Energien zunehmend die Atmosphäre, die Folgen des Treibhauseffektes werden für die nachfolgenden Generationen immer unkalkulierbarer.

Deshalb handeln wir und setzen konsequent auf die Weiterentwicklung nachhaltiger Energien. So wurde in Deutschland die Stromproduktion mit Hilfe von Wind und Wasser, Sonne, Biomasse und Erdwärme seit 1999 fast verdoppelt.



Damit sind wir weltweit führend bei der Nutzung nachhaltiger Energien. Gleichzeitig hat der Bund die Subventionen für Kohleförderung seit 1998 fast um die Hälfte gekürzt. Dabei hat sich das Branchenumfeld um die neuen Energien zunehmend zu einem Job-Motor entwickelt: Rund 120.000 Menschen sind mittlerweile in diesem Bereich beschäftigt.

Zudem setzen wir Zug um Zug den Ausstieg aus der Kernenergie durch. 2003 wurde das Kernkraftwerk Stade stillgelegt, aufwändige und umstrittene Atommülltransporte wurden weitgehend zurückgefahren.

Und wir erfüllen unsere internationalen Verpflichtungen: im Rahmen des Kyoto-Abkommens hat sich Deutschland verpflichtet, seinen Ausstoß an Treibhausgasen von 1990 bis 2001 um 21% zu verringern – bis heute haben wir bereits 19% erreicht.

Und wir erfüllen unsere internationalen Verpflichtungen: im Rahmen des Kyoto-Abkommens hat sich Deutschland verpflichtet, seinen Ausstoß an Treibhausgasen von 1990 bis 2001 um 21% zu verringern – bis heute haben wir bereits 19% erreicht.

Zuwanderung – aus humanitären und wirtschaftlichen Gründen

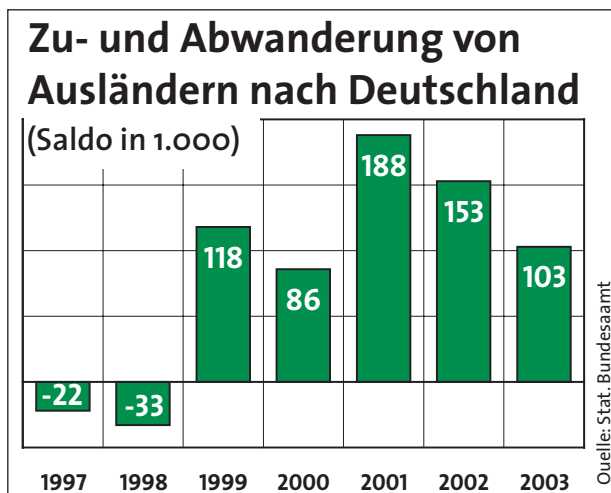
Humanität und Völkerrecht verpflichten uns dazu, Menschen in Not aufzunehmen. Deshalb haben wir 2004 ein Zuwanderungsgesetz beschlossen, das eine Arbeitsmigration für hochqualifizierte Arbeitskräfte erleichtert und wesentliche Verbesserungen beim humanitären Aufenthaltsrecht erwirkt. Erstmals werden auch nicht-staatliche und geschlechtsspezifische Verfolgung als Fluchtgründe anerkannt.

Trotz jetzt noch bestehender hoher Arbeitslosigkeit werden in absehbarer Zeit Arbeitskräfte in Deutschland fehlen, die in unsere Sozialkassen einzahlen und dafür sorgen, dass die Solidarität zwischen Gesunden und Kranken, zwischen Jungen und Alten Bestand hat. Schon jetzt benötigen wir hochqualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland, um nicht im internationalen Wett-

bewerb zurückzufallen. Deshalb hat die Bundesregierung bereits in der letzten Legislaturperiode eine Green-Card-Initiative für ausländische Spitzenkräfte gestartet. Ebenso wollen wir das Studium in Deutschland für ausländische Studierende attraktiver machen, indem wir ihnen die Möglichkeit einräumen, nach erfolgreichem Abschluss bei uns zu arbeiten.

Im Gegenzug zur Erleichterung von Zuwanderung wurden die Einreise- und Ausweisungsbestimmungen verschärft, um Gegnern unserer demokratischen Ordnung den Weg nach Deutschland zu erschweren. So hat sich die Zahl unberechtigter Asylanträge seit 1998 halbiert.

Im Gegenzug zur Erleichterung von Zuwanderung wurden die Einreise- und Ausweisungsbestimmungen verschärft, um Gegnern unserer demokratischen Ordnung den Weg nach Deutschland zu erschweren. So hat sich die Zahl unberechtigter Asylanträge seit 1998 halbiert.



Klare Alternativen

SPD

CDU

ARBEITNEHMERRECHTE

Arbeitnehmerrechte sichern.

Kündigungsschutz zusammenstreichen.
Tarifautonomie abschaffen.

STEUERN

Weniger Steuern für alle. Geringverdiener werden stärker entlastet.

Die Krankenschwester zahlt die Steuersenkung für den Chefarzt.

GESUNDHEIT

Bürgerversicherung: Kleine Einkommen zahlen weniger – hohe Einkommen mehr.

Kopfpauschale: Manager zahlen das Gleiche wie Hausmeister.

ARBEITSMARKT

Chancen für alle: Fördern und Fordern. Ausbildung für Jugendliche.

Chancen für wenige: Mittel für Arbeitsmarktpolitik drastisch kürzen.

FAMILIE UND BERUF

Unser Ziel: 230.000 neue Betreuungsplätze bis 2010 – Teilzeit sichern.

Kinderbetreuung im Bundesrat blockiert – Teilzeitarbeit abschaffen.

BILDUNG UND FORSCHUNG

Streichung von überflüssigen Subventionen für Bildung und Forschung.

Blockade des Subventionsabbaus.

FRIEDEN

Für ein friedliches Europa auf der Basis von Zusammenarbeit und Recht.

Hätten sie das Sagen gehabt, stünden heute deutsche Soldaten im Irak.

ZUWANDERUNG

Für eine moderne Zuwanderung – aus wirtschaftlichen und humanitären Gründen.

Verweigerung aus populistischen Gründen.

DIE WELT, 28.09.2004, S. 1

CDU fordert drastische Sozialreformen

Leitantrag zum Bundesparteitag: Mitbestimmung und Kündigungsschutz abbauen – Arbeitszeit verlängern

Frankfurter Rundschau, 01.10.2004, S. 4

CDU will für Arbeitnehmer das Rad massiv zurück drehen
Verschiedene Vorschläge sind nicht für die Kündigungsschutz, sondern auch bei der Arbeitszeit sowie in der Tarifpolitik geben



DER TAGESSPIEGEL, 02.10.2004, S. 1

Merkel und Stoiber tief zerstritten über Kurs bei Gesundheit

Beide Seiten sprechen von „schwierigerem“ Treffen
Umrägewerte für die Union und ihre Chefs

HAMBURGER MORGENPOST, 20.09.2004, S. 4

CDU im Tal der Tränen

schlechtester Wert seit Bundestagswahl

Hamburger Abend, 13.03.2004, S. 4

Kopfpauschale entlastet vor allem die Reichen